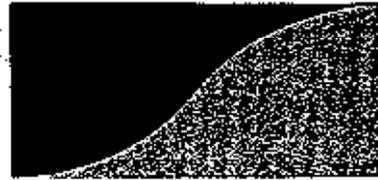


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 DB
Telefon: (0228) 219038/39
Telex: DB86846 pbbn d



Inhalt

37. Jahrgang / 52

17. März 1982

Hans-Jürgen Wischnewski
MdB, Stellvertretender
SPD-Vorsitzender, unter-
sucht die außenpolitischen
Vorstellungen der Union:
Beharrliches Nein.

Seite 1

Karsten D. Voigt MdB be-
grüßt das Breschnew-Mora-
torium als ersten Schritt:
Auf alle SS-20-Raketen aus-
dehnen.

Seite 4

Heinz Rapp MdB empfiehlt
dem Zentralbankrat, den
Leitzins anzupacken: Tip-
pelschrittchen verhärten
den Attentismus.

Seite 5

Roland Hahn MdL fordert
Augenmaß und Realitäts-
sinn in der Ausländerpoli-
tik: Keine "Apartheid"-
Ausländerklassen.

Seite 6

Dokumentation

Hans Koschnick vor der
Schule Technische Truppen
II: Mittel und Wege der
Kriegsverhütung in Europa.
(Teil II)

Seite 7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0228) 812-1

Beharrliches Nein

Haben sich die Unionsparteien in der Außenpolitik der
Koalition angenähert?

Von Hans-Jürgen Wischnewski MdB
Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspoli-
tik der SPD-Bundestagsfraktion
Stellvertretender SPD-Vorsitzender

In der Politik - und insbesondere in der Außenpolitik -
wird man an seinen Entscheidungen, Stellungnahmen und Er-
klärungen in der Sache gemessen. So muß auch die Opposi-
tion beurteilt werden: Wie sie ist und nicht wie sie
sich darstellen möchte

Tatsache ist, daß die Unionsparteien in den grundlegenden
Entscheidungen über die Gestaltung des Verhältnisses zu
unseren östlichen Nachbarn, eine Grundvoraussetzung für
die Sicherung des Friedens in Europa, sich entweder ableh-
nend verhielten, in die Enthaltung geflüchtet sind oder ge-
spalten votiert haben. Die CDU/CSU entschied sich wie folgt.

Moskauer Vertrag: 238 Enthaltungen, 9 Nein-Stimmen;

Warschauer Vertrag: 231 Enthaltungen, 16 Nein-Stimmen;

Grundlagenvertrag
mit der DDR: 217 Nein-Stimmen;

Vertrag mit der
CSSR: 190 Nein-Stimmen;

Abkommen mit Polen
vom Oktober 1975: 191 Nein-Stimmen.

Ohne die Ostverträge wäre es auch nicht zum Berlin-Abkom-
men vom September 1972 gekommen. Auch dieses Abkommen wurde
bei der Unterzeichnung durch die Vier Mächte von der Opposi-
tion scharf kritisiert.

Auch wenn die CDU/CSU die Rechtskraft der Verträge aner-
kennt, kommen ihre negativen Entscheidungen durch ihre Hal-
tung in der täglichen Politik immer wieder zum Ausdruck.

Ein Beispiel für den unehrlichen und Mißtrauen erweckenden
Umgang mit außenpolitischen Abkommen ist die KSZE-

Verantwortung
der westlichen Partner
Berliner Partner



Schlußakte. Als die KSZE-Schlußakte 1975 den 35 Staats- und Regierungschefs der KSZE-Teilnehmer zur Unterschrift vorlag; darunter vielen christdemokratischen Regierungen und allen NATO- und EG-Staaten, forderten die Unionsparteien die Bundesregierung auf, die KSZE-Schlußakte nicht zu unterzeichnen. Heute spielt sich die Opposition zum Teil als Grahshüter der Menschenrechtsbestimmungen der Schlußakte auf mit dem durchsichtigen Ziel, das damit geschaffene außenpolitische Instrument als Schlagstock zu benutzen. Wir sehen dagegen in der Schlußakte in erster Linie ein Instrument der Zusammenarbeit über geographische und geologische Grenzen hinweg. Nur dieser Weg hilft auch in den Fragen der Menschenrechte.

In der Deutschlandpolitik ist die Fähigkeit der Unionsparteien, die Beziehungen zu anderen deutschen Staaten auf der Basis des Grundlagenvertrages weiter zu entwickeln mehr als begrenzt. Vielen Politikern der CDU/CSU geht der Grundlagenvertrag bereits zu weit. Analysiert man Anträge der CDU/CSU und ihre Begründung, so kommt man zu folgendem Ergebnis:

- Die CDU/CSU will die DDR durch wirtschaftlichen Druck und Sanktionen und öffentliche Anprangerung zur Änderung ihrer Politik zwingen.
- Die CDU/CSU will die Bundesrepublik Deutschland und ihre Regierung zur direkten Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR anhalten.

Dieser Weg führt nicht zu Ergebnissen im Interesse der Menschen in beiden deutschen Staaten.

Auch die Debatte um die tragischen Vorgänge in Polen zeigt die Unterschiede zwischen Koalition und CDU/CSU deutlich auf. Am 18. Dezember 1981 war zwar im Deutschen Bundestag noch eine gemeinsame Haltung möglich. Jetzt aber vertritt die Union eine Politik der Sanktionen, wie sie von keinem unserer europäischen Partner vertreten wird.

Besonders interessant ist die Unions-Haltung beim Erdgas-Röhrengeschäft mit der UdSSR. Eine einheitliche Haltung ist schwer erkennbar. Aber eines ist sicher:

- Politiker der CDU/CSU sind bereit, der deutschen Wirtschaft Vertragsbrüche zuzumuten.
- Im Gegensatz zu den Politikern der Koalition können Vertreter der CDU/CSU zum Erdgas-Röhrengeschäft in den USA völlig andere Aussagen machen als zu Hause.

Sicherheitspolitik

Die Sicherheit und Verteidigung der Bundesrepublik stützt sich auf unsere Mitgliedschaft in der NATO und in der Europäischen Gemeinschaft. In diesem Punkt kann man von einem breiten Allparteienkonsens in der Bundesrepublik sprechen. Das ist auch gut so. Geht man ins Detail, schlagen bei den Unionsparteien jedoch immer wieder Haltungen durch, die Anlaß zur Sorge geben.

Alfred Dregger und mit ihm andere CDU-Politiker denken daran, "den Verantwortungsbereich der NATO auf den Südatlantik und auf Teile oder den ganzen Indischen Ozean auszudehnen." (So Alfred Dregger in der Berliner Morgenpost vom 10. Januar 1980).

Noch problematischer ist das Abrücken der Union vom Verhandlungsteil des NATO-Doppelbeschlusses zu sehen. Die Gleichrangigkeit von Verteidigungsmaßnahmen und Verhandlungsbereitschaft wird von Franz Josef Strauß als "Geburtsfehler des NATO-Doppelbeschlusses" gesehen, "der taktisch bedingt, aber in der Sache leider unlogisch war". (CSU-Parteitag 1981). Die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Wörner und Leisler-Kiep betonen ebenfalls den Vorrang der Nachrüstung gegenüber Verhandlungen. Franz Josef Strauß sind selbst Waffenlieferungen an China Teil der westlichen Nachrüstung (Quick vom 9. Juli 1981). Solche Vorstellungen halte ich allerdings für lebensgefährlich.



Rüstungskontrolle - Begrenzung und Abrüstung spielen in der Auseinandersetzung innerhalb der CDU/CSU im Gegensatz zu den Koalitionsparteien keinerlei Rolle. Da mangelnde Intelligenz der Grund dafür nicht sein kann, ist es eine grundsätzliche ander Einstellung der Union zu diesem Thema. Eine Analyse der Aussage von kompetenten Unionspolitikern zeigt deshalb auch, daß die Union die Verteidigungsausgaben bei uns um mehr als zwölf Milliarden DM steigern möchte. Die Ausgaben für die Friedensforschung haben die CDU/CSU-regierten Länder aber gestrichen.

Dritte Welt

Nord-Süd-Politik und unser Verhältnis zu den Staaten der Dritten Welt wird für die Außenpolitik der Bundesrepublik immer wichtiger. Nord-Süd-Politik ist heute ein wesentliches Element der Friedenspolitik. Dabei spielen die Vereinten Nationen und ihre Unterorganisationen eine zunehmend wichtigere Rolle. Als im Deutschen Bundestag über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu entscheiden war, haben 121 Abgeordnete der CDU/CSU gegen den erklärten Willen des damaligen Fraktionsvorsitzenden Rainer Barzel mit "Nein" gestimmt. Rainer Barzel mußte daraufhin zurücktreten. Diese negative Einstellung gegenüber den Vereinten Nationen ist auch heute noch bei vielen Politikern der CDU/CSU erkennbar. Nach dem der Beitritt der Bundesrepublik nicht verhindert werden konnte, sollen heute die Vereinten Nationen zur Welthöhne für die Austragung des Ost-West-Konflikts, aber auch für die deutsch-deutsche Auseinandersetzung gemacht werden. Die Koalition kann diese Auffassung nicht teilen. Sie weiß, daß die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen heute das Gremium für den Nord-Süd-Dialog sind, um ein Ausufern des Nord-Süd-Konflikts zu verhindern.

Besonders gravierende Unterschiede gibt es bei der Beurteilung der Befreiungsbewegung in der Dritten Welt. Für den CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß ist das Selbstbestimmungsrecht der Völker in der Dritten Welt nur "Phrase". Jahrelang hat die CDU/CSU die südafrikanische Befreiungsbewegung auf eine Stufe mit deutschen Terroristen gestellt. Der Bundesregierung wurde Beihilfe zum Mord wegen ihrer politischen und humanitären Unterstützung der Patriotischen Front Zimbabwe und der SWAPO in Namibia vorgeworfen. Gesprächspartner des Bundesaußenministers wurden als Terroristen bezeichnet.

Noch immer will die CDU/CSU entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit "genehmen" Ländern treiben. In diesem Bereich gibt es auch eine sonderbare Arbeitsteilung bei der CDU/CSU. Einige fordern insbesondere bei Reisen in die Dritte Welt mehr deutsche Entwicklungshilfe. Andere sagen jetzt zu Hause, daß wir bereits zu viel tun.

Auch in der Beurteilung der Situation in El Salvador sind die Auffassungen von Koalition und CDU/CSU völlig konträr: Die Koalition weiß, daß nur ein Dialog die Probleme lösen kann. Die CDU/CSU meint, daß unter Militärdiktatur, Bürgerkrieg und Lebensgefahr für die Kandidaten Wahlen möglich seien.

Natürlich gibt es innerhalb der CDU/CSU auch in außenpolitischen Fragen unterschiedliche, manchmal sehr unterschiedliche Meinungen. Das ist kein Anlaß zur Kritik. Das gibt es auch innerhalb der Koalition.

Diese Kurzanalyse beweist durch die Zusammenfassung einer Reihe von Einzelfällen, daß es in entscheidenden Grundsatzfragen der deutschen Außenpolitik zwischen Koalition und Opposition keine Übereinstimmung gibt. Und bei dieser Haltung der Opposition auch nicht geben kann. Der Weg zu mehr Übereinstimmung ist noch sehr weit.

(-17.3.1982/ks/ca)

* * *



Ein erster Schritt

Breschnew sollte das Moratorium auf alle SS-20-Raketen ausdehnen

Von Karsten D. Voigt MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß

Der sowjetische Partei- und Staatschef Leonid Breschnew hat angekündigt, daß die Sowjetunion einseitig ihren Bestand an Mittelstreckenraketen im europäischen Teil des Landes einfrieren werde. Jeder Stopp der sowjetischen Rüstung im Bereich der Mittelstreckenwaffen ist zu begrüßen. Da die NATO jedoch auf keinen Fall vor Ende 1983 anfangen wird, neue amerikanische Mittelstreckenwaffen in Westeuropa zu stationieren, und die Frage, ob überhaupt solche Waffen nach Westeuropa kommen, vom Ergebnis der Genfer Rüstungskontrollverhandlungen abhängt, besteht auf der westlichen Seite bereits seit Jahren ein Moratorium, das mindestens bis Ende 1983 dauern wird.

Das von Leonid Breschnew angekündigte Moratorium hat allerdings einige Lücken. Denn bedauerlicher Weise erstreckt sich dieses Moratorium bisher nur auf den europäischen Teil der Sowjetunion. Wir wissen aber, daß auch eine erhebliche Zahl von SS-20-Raketen östlich des Urals, also außerhalb Europas, stationiert ist. Diese Raketen können große Teile Westeuropas erreichen. Deshalb kann ein Moratorium im europäischen Teil der Sowjetunion nur als erster Schritt begrüßt werden. Es müßte, soll es keine halbe Sache bleiben, auf alle Mittelstreckenwaffen ausgedehnt werden, die Westeuropa bedrohen. Das Moratorium verdient erst dann seinen Namen, wenn die Stationierung von SS-20-Raketen insgesamt gestoppt ist.

Darüber hinaus hat Generalsekretär Breschnew angekündigt, er werde gegebenenfalls auch die Zahl der Raketen im europäischen Teil verringern. Diese Ankündigung ist ebenfalls prinzipiell zu begrüßen. Allerdings ist nicht bekannt, ob er auch die Zahl der SS-20-Raketen verringern will. Es ist nämlich denkbar, daß nur alte SS-4- und SS-5-Raketen abgezogen werden sollen. Dann wäre diese Aktion nur der Teil eines Ausmusterungsprozesses, der sogar zu weiterer Aufrüstung führen könnte, wenn stattdessen östlich des Urals neue SS-20-Raketen installiert werden. Denn: Die SS-4 und -5 haben nur einen Sprengstoff, die SS-20 dagegen drei. Die Bereitschaft zur Verringerung der Zahl der Raketen im europäischen Teil der Sowjetunion sagt also nicht unbedingt etwas über die Bedrohung Westeuropas durch die modernen SS-20-Raketen aus.

Es wäre also zu begrüßen, wenn die Sowjetunion tatsächlich ein Moratorium für die Stationierung aller SS-20-Raketen ankündigen würde, unabhängig davon, ob sie westlich oder östlich des Urals stationiert sind. Notwendig wäre auch, daß die Sowjetunion ihre Bereitschaft zur erheblichen Reduzierung aller SS-20-Raketen ankündigt, weil dadurch dann der militärische Teil des NATO-Doppelbeschlusses in der Substanz beeinflusst würde. Denn wir hoffen, daß die Sowjetunion bereit ist, ihre SS-20-Rüstung soweit zu reduzieren, daß die Stationierung zusätzlicher amerikanischer Mittelstreckenwaffen in Westeuropa überflüssig wird.

Schließlich: Wir verlassen uns in dieser Frage auf die Ankündigung von Generalsekretär Breschnew. Seine Worte sind nicht zu bezweifeln. Aber der Grundsatz "Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser" gilt besonders in der Sicherheits- und Abrüstungspolitik. Wir fordern deshalb die Sowjetunion auf, sich zur ausreichenden Verifikation von Vereinbarungen zur Rüstungsbegrenzung und Rüstungsverringerung im Bereich der Mittelstreckenwaffen bereitzuerklären. Im Leittrag des SPD-Vorstandes zum Münchner Bundesparteitag wird vorgeschlagen zu prüfen, ob während der Genfer Verhandlungen Moratorium vereinbart werden können. Vereinbarungen über Moratorien setzen voraus, daß die Sicherheitsinteressen beider Seiten gleichermaßen respektiert werden. Dies ist in den Ankündigungen von Generalsekretär Leonid Breschnew leider nicht in ausreichendem Umfang der Fall. Der Dialog mit der Sowjetunion auch über die Frage des Moratoriums sollte trotz der berechtigten Kritik an der Substanz ihrer jetzigen Ankündigung mit dem Ziel fortgesetzt werden, die Sowjetunion doch noch zur ausreichenden Berücksichtigung westlicher und insbesondere westeuropäischer Sicherheitsinteressen zu bewegen.

(-/17.3.1982/hi/ca)

Verknüpfter Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Zentralbankrat sollte den Leitzins anpacken

Feinzielierte Toppelschrittchen verhärten den Attentismus

Von Heinz Rapp MdB

Mitglied des Finanzausschusses des Bundestages und stellvertretender Vorsitzender
des Arbeitskreises Öffentliche Finanzwirtschaft der SPD-Fraktion

Manche haben die Hochzinspolitik der Bundesbank in den letzten anderthalb bis zwei Jahren aus einem anderen theoretischen Ansatz heraus kritisiert als dem, den die Bank (und der Verfasser dieser Zeilen auch) für richtig hielt: Vereinfacht so, daß sie sagten, die Bundesbank solle den DM-Wechselkurs halt laufen lassen, je rascher er zum Wendepunkt komme, desto schneller erfolge der Ausgleich der Leistungsbilanz über die Ankurbelung des Exports und die Drosselung des Imports; die Kapitalbilanz werde der Leistungsbilanz dann schon folgen.

Andere gingen zwar von der Grundposition der Bundesbank aus - und dies nicht zuletzt auf Grund der Erfahrung, daß die Leistungsbilanz eher der Kapitalbilanz folgt als umgekehrt: Soweit sie sich zur Zinspolitik der Bundesbank kritisch stellten (manche wohl wissend, daß lauthalse Kritik eher kontraproduktiv wirken müsse), waren sie der Meinung, daß die Bundesbank den ihr zuwachsenden außenwirtschaftlichen Spielraum für eine Zinssenkung nicht oder nicht hinreichend nutze. Und der Zuwachs an Spielraum war ja evident, der theoretische Grundansatz der Bundesbank zur Lösung des Leistungsbilanzproblems hat sich als wirksam erwiesen.

Ähnliche Kontroversen ließen sich bezüglich der Einschätzung der binnenwirtschaftlichen Bestimmungsgründe der Zinshöhe aufzeigen.

Eine dritte Position sei markiert: Die von Leuten, die die Politik der Bundesbank durchgängig für richtig hielten (oder jedenfalls für unvermeidlich), den Zeitpunkt und die Voraussetzungen fürs Umsteuern aber für gekommen halten.

Der Streit der Schulen vererbt, stattdessen ist - endlich - ein erwartungsfrohes Stimmungsgewirr aus den folgenden Schlagzeilen der letzten Wochen und Tage zu vernehmen:

Spritze der Zentralbank entkrampft den Geldmarkt
Hochzinspolitik hat den Kulminationspunkt überschritten
Lohnabschluß - ein Zinnsignal
Zinsfrühling, die Zinsen kommen ins Rutschen
X-Bank leitet neue Zinssenkungsrunde ein
Kapitalzinsen unter Druck, Hypothekenzinsen auf dem Rückzug, Aktien im Aufwind
Bonner Zinstest auf dem Kapitalmarkt: Sinkende Zinsen für Bundespapiere
Pöhl sondiert in Amerika - US-Zinsen: Licht im Tunnel

und endlich, ganz aktuell

Sonderlombard wackelt - Banken erwarten Leitzinssenkung.

Man spürt's: Nun will der Lenz uns grüßen - Bankenliquidität, Geldmarkt, Börse, Kapitalmarkt, allerorten und allenthalben freudige Erwartung.

Rundheraus: Auch das im Sinne der Bundesbank wohlmeinde Publikum, das sich in den letzten Wochen schon am Anblick gewisser Lockerungsübungen hat delectieren dürfen, rechnet fest damit, daß man sich in der morgigen Sitzung des Zentralbankrats ernsthaft den Leitzins vornimmt. Die Bundesbank wird selber wissen, daß feinzielierte geldmarktpolitische Toppelschrittchen "draußen in der Wirtschaft" eher den Attentismus verhärten: Es muß schon etwas sein, was - gewiß unterhalb der Schwelle des Wunders, moderne Frühlingsgedichte kommen ohne Wunder aus - durch die Banken hindurch sich auf den Konten der Endkreditnehmer und in der Stimmung der Investoren niederschlägt.

(-/17.3.1982/ks/ca)

Keine "Apartheid"-Ausländerklassen

Augenmaß und Realitätssinn in der Ausländerpolitik wahren

Von Roland Hahn MdL

Vorsitzender der SPD-Bund-Länder-Arbeitsgruppe Ausländerpolitik

Augenmaß und Realitätssinn müssen unsere Ausländerpolitik bestimmen. Die SPD in Bund und Ländern ist entschlossen, die EntschlieÙung aller SPD-Fraktionsvorsitzenden in Bund und Ländern vom September 1981 zu verwirklichen. Darin heiÙt es, daÙ

- a/ der Zuzug weiterer Nicht-EG-Ausländer drastisch zu begrenzen ist,
- b/ zur Sicherung des sozialen Friedens alle Integrationswilligen lange bei uns lebenden Ausländer als gute Nachbarn mit uns zusammenleben können.

Diese EntschlieÙung vom September 1981 - unter Wortführung der baden-württembergischen SPD - wird bereits auf breiter Front politisch realisiert. Die Bundesregierung hat der Türkei klar erklärt, daÙ eine Freizügigkeit türkischer Arbeitnehmer nach 1987 nicht realisierbar ist.

Die Einschränkung des Familiennachzugs - vor allem für allein in der Bundesrepublik lebenden türkischen Arbeitnehmer - ist Beschluß des Bundeskabinetts. Ich habe als Leiter der SPD-Bund-Länder-Expertengruppe ebenso wie der hessische Ministerpräsident Börner und der NRW-Innenminister Schnoor Bundeskanzler Helmut Schmidt gebeten, Kinder von Nicht-EG-Ausländern nur noch vor dem schulpflichtigen Alter in die Bundesrepublik nachziehen zu lassen.

In der SPD-EntschlieÙung vom September 1981 werden auch Maßnahmen unterstützt, um die freiwillige Rückkehr von Ausländern in ihre Heimatländer zu fördern. "Rückkehrprämien" könnten bei großzügiger materieller Ausstattung etwa zehn bis zwanzig Prozent der Türken veranlassen, die Bundesrepublik zu verlassen, wenn sie gleichzeitig einen existenzsichernden Arbeitsplatz in der Türkei finden. Zwischen der Türkei und der BRD finden derzeit Gespräche in dieser Richtung statt.

Allerdings ist vor gefährlichen Illusionen in der Ausländerpolitik zu warnen: 70 Prozent der bei uns lebenden ausländischen Familien haben das Recht, auf Dauer bei uns zu leben. Die Kinder und Jugendlichen, die bei uns geboren und aufgewachsen sind, machen jetzt schon über 35 Prozent der Ausländer aus. Diese sind faktisch "Deutsche", auch wenn in ihrem PaÙ eine andere Nationalität steht und sie in der Statistik als "Ausländer" gezählt werden.

Vor allem die baden-württembergische Landesregierung ist in diesem Zusammenhang zu warnen:

Es ist falsch und gefährlich, Ausländerkinder, die ordentlich Deutsch reden und lesen können, in das Ghetto der reinen Ausländerklassen abzudrängen. Die Stuttgarter Landesregierung sollte im Sinne ihrer eigenen Konzeption von 1980

1. die Muttersprache der Eltern der Ausländerkinder als erste Fremdsprache verstärkt, vor allem an den Hauptschulen anbieten,
2. die Sprachförderung - schullisch und außerschulisch - vor allem für Türkenkinder im Vor- und Grundschulalter verstärken,
3. auf reine Ausländerklassen (das ist "Apartheidspolitik") verzichten und dafür mehr sprachhomogene Vorbereitungsklassen und Intensivsprachkurse für ältere Ausländerschüler einrichten,
4. unkontrollierbare und suspekten sogenannte "Koran-Schulen" verbieten und Schülern moslemischen Glaubens parallel zum christlichen Religionsunterricht an den Schulen "Islam-Unterricht" anbieten.



DOKUMENTATION

"Mittel und Wege der Kriegsverhütung in Europa"

Referat des Präsidenten des Senats, Bürgermeister Hans Koschnick, in der Vortragsreihe 1981/82 der Schule Technische Truppe II und Fachschule des Heeres für Wirtschaft in Bremen-Grohn am Donnerstag, 11. März 1982, (Teil II; Teil I erschien am 15. März 1982).

Wir müssen bedenken, daß die Bereitschaft zur Abrüstung einer Vertrauensbasis bedarf, die wir mit einer gegenseitigen Transparenz der militärischen Möglichkeiten, also durch eine fundierte Einschätzung der Gefährdungen und der Risiken aufbauen können. Die darauf sich stützende und erforderliche Vertrauensbildung ist natürlicherweise nur tragfähig, wenn es gegenseitig gelingt, gesichertes Wissen über die militärische Kraft des jeweils anderen Paktes zu erlangen. Ohne Überprüfungsöglichkeiten der Einhaltung von Abmachungen beiderseitig einzuräumen, kann sich kein Vertrauen und damit keine aufrichtige Bereitschaft zur Begrenzung von Waffensystemen oder gar Abrüstung entwickeln. Die Anstrengungen, die dafür unternommen werden müssen, wiegen bei weitem weniger als die Gefahren, die sich aus einer steten Dynamik des Rüstens und dem damit verbundenen Automatismus der steigenden Bedrohung des Friedens ergeben.

Eine Politik, die Vertrauen schaffen will, muß die Chance zu einem Ausgleich der Interessen eröffnen. Nur dieser Ausgleich kann zu einem so notwendigen Klimawechsel zwischen Ost und West führen. Daruf muß mit glaubwürdigen Maßnahmen hingearbeitet werden. Ideologische Differenzen und gesellschaftliche Unterschiede erschweren zwar diesen Prozeß, machen ihn aber nicht unmöglich. Schritte, wie das Offenlegen der Militärpotentiale, der Stationierungsbereiche, der Personalstärken, der Militärhaushalte mit allen Verästelungen, der geplanten Rüstungsvorhaben, sind vertrauensfördernd und schaffen Grundlagen für vertragsmäßige Minderungen der jeweiligen Bedrohungskonzepte. Auf der Suche nach einer globalen Friedensschaffung zwischen den Völkern dieser Erde darf es keine Tabuisierungen und kein starres Festhalten an Doktrinen - auch nicht an Militärdoktrinen - geben. Eine solche doktrinäre Einengung des Handlungsspielraums führt zur politischen Selbstfesselung und erzeugt mit der ihr innewohnenden geistigen Bewegungslosigkeit neue friedensgefährdende Konflikte. Es muß deutlich werden, daß Militärpolitiken nicht unabänderlich sind, sondern beide Seiten müssen überlegen, ob Veränderungen von Strategien gleichzeitig aber auch durch rücknehmbare Vorleistungen Verzicht auf Waffensysteme bei Anerkennung und Erfüllung der jeweiligen Sicherheitsbedürfnisse beinhalten können.

Nichts ist an Mitteln in der Politik für alle Zeiten festgelegt. Wir müssen uns davon freimachen, daß in der Welt vieles nur in einer ganz bestimmten Weise getan werden dürfte, daß es offenbar immer so etwas wie das absolut Richtige geben müsse, woraus sich ein Hang, aber auch ein Drang zum Perfektionismus entwickelt, der in der Politik lähmend und hemmend wirkt. Perfektionismus darf nicht zum politischen Handlungsprinzip erhoben werden, denn dieser stellt im Zusammenleben der Völker Bedingungen, wie es sein sollte, und negiert, wie es ist. Perfektionistische Politik erlebt die Freiheit in der zwanghaften Form einer ständigen Angst. Sie würde zum Beispiel bei uns das Vertrauen in unsere innere und soziale Sicherheit in Frage stellen und destabilisiert unsere eigentliche Standfestigkeit.

Im Zuge einer Politik des Möglichen, des Machbaren, muß auch ausgelotet werden, inwieweit die Paktsysteme ihre eigenen objektivierten Sicherheitsbedürfnisse angleichen können und ob über generelle Gewaltverzichtspakte weitere vertragliche Vereinbarungen bis hin zu einer Begrenzung der Rüstungsproduktion mit Ausfuhrbeschränkungen langfristig realisiert werden können. In diesem Zusammenhang ist auch die Diskussion über Einrichtungen von Zonen oder Gebieten eingeschränkter militärischer Präsenz ernsthaft aufzunehmen. Doch die Forderung nach einem atomwaffenfreien Europa ist unter den heutigen Bedingungen reine Illusion. Keiner sagt uns, wie weit in diesem Sinne Europa reicht (vom Atlantik zum Ural, die alte Festschreibung von de Gaulle ist waffe technisch unbrauchbar). Keiner fragt nach der souveränen französischen Militärdoktrin, die doch eben nicht Frankreichs Interesse den Bündnisstrategien allein unterordnen will. Diese Illusionisten übersehen auch die nukleare britische Präsenz. Nein! Illusionen ersetzen keine ernsthafte Sicherheitspolitik, keine vertrauensbegründende Rüstungsbegrenzungs- und Rüstungskontrollpolitik.

Wer für die Heraushebung der atomaren Schwelle, wer für die Minderung nuklearer Gefahren ist - und ich zähle dazu - der muß andererseits bereit sein, den konventionellen Beitrag wesentlich zu verstärken. Denn zur Zeit ersetzen ja taktische Nuklearwaffen unsere konventionelle Unterlegenheit gegenüber den Militärverbänden des Warschauer Paktes. Ein friedensstabilisierender Ausgleich - Senkung bei den taktischen und nuklearen Waffensystemen des Westens und Auflösung konventioneller Verbände im Osten stehen doch erst am Ende von Verhandlungen, und nicht am Anfang - muß eine realistische Einschätzung der Gefahren und Möglichkeiten ihrer Eingrenzung einbeziehen.

Deshalb steht am Anfang der Diskussion nicht die Frage nach den Kosten, sondern der Risikobegrenzung. Ich will für die Friedenserhaltung und Friedenssicherung auch meinen finanziellen Beitrag leisten. Rüstungsbegrenzungs politik kann also nicht mit den Mitteln waffenfreier Zonen beginnen und erfolgreich sein, sondern sie muß bei der Einschränkung der Fähigkeit der Waffen zur begrenzten nuklearen Kriegsführung mit den entsprechenden Kontrollmechanismen vorrangig ansetzen, um zukünftigen Abrüstungsvereinbarungen eine reelle Chance zu geben. Sie muß auch weitgefaßt sein und möglichst alle erkennbaren Systeme einbeziehen, um Grauzonen auszuschließen, die vorangegangene Begrenzungsvereinbarungen neutralisieren können.

Als ein zusätzliches und hilfreiches Begrenzungselement muß auch die Möglichkeit des Abschlusses von Moratorien als ein jeweils kontrollierbares Abkommen über einen Produktions- und Stationierungsstopp von bestimmten Systemen gewertet werden. Für die aktuelle Politik sage ich aber, daß eine Moratoriumsforderung während des Beginns der Genfer Verhandlungen genau das Gegenteil bewirken würde - nämlich mit größter Sicherheit: Jahrelanges Verhandeln ohne positiven Abschluß, weil dann beide Führungsmächte über den Abbau ihrer jeweiligen Überlegenheiten nicht ernsthaft verhandeln müßten - und das Wettüben auf allen anderen Feldern ungehemmt fortgesetzt würde. Allerdings bieten Moratorien Ansätze, die Rüstungstechnologie zeitig unter Kontrolle zu bringen, um somit ein weiteres beiderseitiges Anhäufen von Waffen zu vermeiden und ein späteres Begrenzen oder Mindern in Verhandlungen zu umgehen.

Einseitige umfassende und nicht rücknehmbare Vorleistungen, die nicht nur von Teilen der Kirchen gefordert werden, halte ich im Sinne einer staten Senkung des kriegsverhütenden globalstrategischen Gleichgewichts für sicherheitspolitisch nicht konsensfähig. Wohl aber sollte man nach Abschluß der Genfer Verhandlungen ernsthaft prüfen, ob nicht graduelle Abrüstungsschritte als Vorleistung denkbar sind, die bei Nichtnachvollzug der anderen Seite rücknehmbar sind. Hierüber wird man ernsthaft sprechen müssen, wenn man den Dialog mit unseren Kirchen (das gilt übrigens auch für die Bewegung in der Evangelischen Kirche der DDR) vertrauensvoll führen will.

Das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken hat in seinen Ausführungen zur aktuellen Friedenspolitik sein Eintreten für eine weitere Politik der Abschreckung erklärt, dabei aber besonders die Rüstungskontroll- und Abrüstungsbestrebungen als konfliktverringend und kriegsverhütend hervorgehoben. Gleichwohl dürfen wir nicht übersehen, daß der Vatikan und zwar nicht nur der "Heilige Vater", inzwischen einen nuklear geführten Krieg als "Todsünde gegenüber der Menschheit" erklärt hat und die Nuklearrüstung nur unter den Bedingungen des politischen - aber nicht anwendungsfähigen - Waffenarsenals als gerade noch hinnehmbar versteht. Für mich als evangelischer Christ sind die Heidelberger Thesen der Evangelischen Kirche in Deutschland zur Frage von "Krieg und Frieden im Atomzeitalter" die in der "Friedensschrift der EKD" im November 1981 bestätigt wurden, von besonderer Bedeutung. In den genannten Thesen sieht die Evangelische Kirche den Dienst mit und ohne Waffen zwar noch als gleichrangig friedensdienlich an, ihre Besorgnisse zum nuklearen Potential sind aber unüberhörbar.



Nach evangelischer Auffassung verlangt die unablässige Suche nach Konfliktminderungen, und zwar ohne Selbstaufgabe der christlichen Gemeinschaft, die sittliche Pflicht, in friedfertiger Gesinnung eine gesicherte Lebensordnung des Rechts und der Gerechtigkeit nach innen und nach außen zu gestalten. Zu dieser Sicherung unserer Lebensordnung leisten unsere Streitkräfte den ihr verfassungsmäßig zugeordneten Beitrag. Die Bundeswehr ist, nicht nur für mich, ein Instrument der Friedenssicherung! Sie gibt uns die Chance, unabhängig gegenüber Erpressungsmöglichkeiten einer militärisch abgestützten Machtpolitik unsere Lebensordnung selbst zu gestalten, die Formen der Freiheit und des Rechts - wie wir sie verstehen - in Eigenverantwortung auszuprägen und unsere Politik für Freunde und andere kalkulierbar zu machen. Das ist konkreter Dienst für eine tragfähige Friedenspolitik.

Die Angehörigen der Streitkräfte sind zugleich aufgefordert, als Staatsbürger sich intensiv an der Diskussion um politische Grundfragen zu beteiligen, aber dabei auch zu akzeptieren, daß in unserer pluralistischen Gesellschaft unterschiedliche und auch kontroverse Einstellungen und Vorstellungen zur Sicherheitspolitik und auch zu den Streitkräften existieren. Die Soldaten sollten sich offen und ohne Ängste den kritischen Auffassungen stellen und sich nicht in eine selbstgewählte Isolation begeben.

Friedenssicherung kann doch nur gelingen, wenn die Mehrheit der Bürger den Willen besitzt, unsere freiheitliche Ordnung auf der Grundlage der Menschenwürde, der Menschenrechte und der sozialen und ökonomischen Gerechtigkeit aufzubauen und engagiert zu unterstützen. Welchen Weg die darauf ausgerichtete Politik zu gehen hat, muß Gegenstand eines immer wieder zu führenden umfassenden gesellschaftlichen Dialogs sein. Ziele und Mittel müssen aufeinander abgestimmt sein. Auf Gewaltanwendung ausgerichtete Radikalismen haben in diesem Dialog keinen Platz. Der lange dornenreiche und steinige Weg zu einem dauerhaften Frieden darf nicht in Unfrieden und Unversöhnlichkeit begangen werden.

(-/17.3.1982/vo-he/ca)

Verantwortlich: Willi Carl

